

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Preisausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 66, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Donnerstag

13. Oktober 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstg. 2 1/2 bis 5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Cludenstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297.

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Adolf Wermuth.

Der frühere Oberbürgermeister von Berlin Adolf Wermuth ist gestern, 73jährig, nach vierwöchigem Krankenlager im Lichterfelder Kreiskrankenhaus gestorben.

Ein „Beamtenleben“, das die letzten sieben Jahre in freiwillig-unfreiwilliger Ruhe verbringen mußte, ist zu Ende gegangen. Ein Beamtenleben, dessen größter Teil dem Dienste des Reiches galt und das seine Bedeutung doch erst durch die kommunale Betätigung an der Spitze der Reichshauptstadt erhielt.

Im Juni 1912 wurde Adolf Wermuth zum Oberbürgermeister Berlins gewählt. Die Sozialdemokratie stand dieser Wahl abwartend gegenüber. Was Wermuth als Staatssekretär im Reichsfinanzamt geleistet hatte, gab keine Gewähr dafür, daß er die Geschäfte der Stadt im Sinne der immer stärker andrängenden sozialen Forderungen mit bewußtem Fortschrittswillen und mit Entschiedenheit würde zu leiten wissen. Er war gescheitert an der neuen Heeresvorlage des Jahres 1912, zu deren Deckung er die Erbschaftsteuer herangezogen wissen wollte. Als auf den Druck der Konservativen und des Zentrums hin die Finanzminister sich gegen die Steuer wandten, zog er die Konsequenzen und trat zurück.

Schon bei der Einführung des neuen Oberbürgermeisters küßte sich jedoch der Schicksal ein wenig. Mit deutlicher Spitze betonte Wermuth in seiner Antrittsrede:

„Ich möchte nach den Grundsätzen, unter denen Berlin erhebt ist, tatentfroh und gut bürgerlich wie im Raterrat, so mit Ihnen (den Stadtverordneten) wirken, mit Ihnen das Suchen und Streben und die Freude am Erreichten teilen.“

Aus dem höflichen Berlin sollte das „bürgerliche“ Berlin werden, und als äußerliches Zeichen dessen brach er mit dem langjährigen würdelosen Brauch, den Kaiser und fremde Fürstlichkeiten mit entblößtem Haupt am Brandenburger Tor zu empfangen, sondern beteiligte sich bei den Empfängen auf dem Bahnhof.

Mit außergewöhnlicher Tatkraft und Entschiedenheit hat Wermuth in den folgenden Jahren die Geschichte Berlins in dem von ihm als richtig erkannten Sinne beeinflusst — und bekümmert um den sich immer mehr zuspitzenden Gegensatz zu den Rechtsparteien, die nichts unverfälscht ließen, um die liberalen oder — wie es bald hieß — „sozialistischen“ Tendenzen seiner Amtsführung zu durchkreuzen. Sein persönliches Verdienst ist es in erster Linie, daß die Ernährung der Reichshauptstadt während des Krieges im Rahmen des Möglichen sichergestellt werden konnte. Die Arbeit, die damals geleistet worden ist, ist eingehend in dem im November 1920 herausgegebenen ausführlichen Bericht „Berlin im Weltkriege. Fünf Jahre städtischer Kriegsarbeit“ gewürdigt worden.

Es ist möglich, daß Wermuth — wie von deutschnationaler Seite immer wieder behauptet worden ist — gerade durch diese Arbeit, die ja zwangsläufig gewisse gemeinwirtschaftliche Formen annehmen mußte, immer mehr sich von der Richtigkeit sozialistischer Forderungen überzeugt hat. „Ehe er sich's versah“, schreibt heute die „D. A. Z.“, „bestand sich der ehemals so unpolitische, feiner Partei zugeschworene Beamte im Bann sozialistischer Ideen.“

Richtig ist, daß unmittelbar nach der Revolution der Bruch zwischen Wermuth und seinen einstigen Freunden innerhalb der bürgerlichen Parteien erfolgte. Zu den alten politischen Gegnern des Oberbürgermeisters gesellten sich nunmehr auch die Demokraten, die den Wandel vom Kommunalfreisinn zur Demokratie zunächst nur im Namen vollzogen hatten, während die Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterräte ihn ausdrücklich ihres Vertrauens „in Erwartung weiterer erspriesslicher gemeinsamer Arbeit“ versicherte.

Das Jahr 1920 brachte dem Oberbürgermeister dann die Bewirkung seiner langjährigen Bestrebungen nach einer Zusammenfassung der zerstückelten Berliner Gemeinden zu einem einheitlichen Groß-Berlin. Und bei der Wahl des neuen Magistrats der Einheitsgemeinde wurde er an die Spitze dieses Groß-Berlins berufen. Sämtliche sozialistische Parteien stimmten dafür — keine einzige bürgerliche Partei konnte sich dazu ausschwingen, dem Mann ihres einstigen Vertrauens, dem Mann der Kriegswirtschaft Berlins, dem Kämpfer für die Vereinheitlichung ihre Stimme zu geben.

So hätte Wermuth noch lange Jahre die Geschicke Berlins an der verantwortungsvollsten Stelle mit leiten können, geführt auf die proletarische Mehrheit des Rates Hauses. Der Haß und die Wut der bürgerlichen Parteien über den „Verfall“ hätten ihn nicht zu Fall bringen können. Aber was sie allein nicht vermocht hatten, das wurde ihnen ermöglicht durch die Uneinigkeit der Arbeiterparteien, durch die Verantwortungsscheitern der Kommunisten. Als am Schluß des Elektrizitätsstreiks im November 1920 die Linksmehrheit des Rathauses ein Vertrauensvotum über die Haltung des Oberbürgermeisters in diesem Streit einbrachte, zogen die Kommunisten unter Führung von Dörr die bereits gegebene Unterschrift in letzter Stunde zurück: die Mehrheit, die den Oberbürgermeister gewählt hatte und auf die er sich stützen konnte, war zerbrochen. Wermuth zog die Folgerung daraus und ließ sich zunächst beurlauben, um dann wegen seines „aufs äußerste angegriffenen Gesundheitszustandes“ endgültig auszuscheiden. „Die Deutsch-

nationalen und sonstigen kapitalistischen Kreise haben Wermuth zur Strecke gebracht. Die Kommunisten gaben ihm den Fangstoß. Beide sind jetzt zufrieden.“ (Schrieb damals der „Vorwärts“.)

So endete frühzeitig und überraschend die Laufbahn des Mannes, auf den gerade die Sozialdemokratie glaubte noch viele Hoffnungen setzen zu dürfen. Die geschichtliche Leistung Wermuths wird dadurch nicht beeinträchtigt. Freund wie Gegner müssen sie heute schon anerkennen, wenn auch natürlich der Haß auf den Mann, der sich rechtzeitig aus der Enge bürgerlicher Ideologien löste, noch auf lange hinaus bestehen bleiben wird. „War es nicht selbstverständlich, wie im tiefsten Sinne nützlich, daß wir in der Not die Arme regten ohne Rücksicht auf Ausgang und Urteil? Und war es nicht verdienstlich, selbst nach dem Zusammenbruch mit letztem Kraftrest Ordnung und Festigkeit zusammenzurufen und zu verstärken, wo sie zu finden waren? Ich unterjunge mich, auch diese letzte Frage zu bejahen“ — so urteilt Wermuth in seiner Autobiographie über sein eigenes Werk und insbesondere über sein Handeln nach der Revolution. Die Geschichte wird ihm recht geben.

Oberbürgermeister Wermuth war im Jahre 1912 von den Bürgerlichen gewählt worden, die Sozialdemokraten hatten weiße

Stimmzettel abgegeben. Der verstorbene Genosse Leo Arons hatte jedoch schon in einer Sitzung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion auf Grund genauerer Kenntnis der Person sich in höchst anerkennenswerter Weise über Wermuth ausgesprochen und dabei u. a. gesagt, wenn es zu einer zweiten Oberbürgermeisterwahl kommt, würden die Sozialdemokraten ganz gewiß geschlossen für ihn stimmen. Kurz nach seiner Wahl machte denn auch Wermuth gelegentlich die Bemerkung, er wolle ein Bürgermeister nicht für Berlin W., sondern für Berlin O. sein. Zum Zeichen dieser seiner Bestimmung richtete er sich auch zunächst in einer sehr bescheidenen Wohnung in der Klosterstraße ein, die er erst später mit einer repräsentativeren vertauschte.

Während des Krieges interessierte er sich als Mitglied des Herrenhauses lebhaft für die preussische Wahlreform. Schon damals sprach er sich zu führenden Sozialdemokraten über die Unhaltbarkeit des preussischen Dreiklassenwahlrechts in schärfsten Ausdrücken aus. Die Wahlreform kam allerdings trotz der Bemühungen Wermuths erst mit dem Zusammenbruch. Wie sie kam, das hat er aus seinen eigenen Erlebnissen in seinem Erinnerungsbuch dramatisch geschildert. Während einer Sitzung der Wahlrechtskommission des Herrenhauses am 1. Oktober 1918 wurden die Fraktionsführer eiligst zusammengerufen, und die Regierung machte ihnen die Erklärung, daß nunmehr die Oberste Heeresleitung, die bis dahin das gleiche Wahlrecht entschieden bekämpft hatte, die schnelle Verabschiedung einer demokratischen Wahlreform verlange.

Konflikt zwischen Reich und Ländern.

Um die Kosten der Besoldungsreform. — Die Länder verlangen mehr Einnahmen.

Die Auseinandersetzung über die Kosten der Besoldungsreform haben sich in den letzten Tagen zu einem schweren Konflikt zwischen dem Reich und den Ländern entwickelt, dessen Lösung noch nicht zu übersehen ist. Die meisten deutschen Freistaaten erklären sich außerstande, die Kosten für die Durchführung der Besoldungsreform der Beamten zu tragen. Preußen hätte zwar für die ersten Monate die Mittel dazu frei, kann aber ebenfalls auf die Dauer die neu entstandenen Mehrkosten nicht aufbringen. Eine große Rolle spielt dabei, daß die Reichsregierung gleichzeitig mit der Ausübung neuer Kosten auf die Länder diesen die Möglichkeit genommen hat, die Realsteuern zu erhöhen. Das Steuervereinfachungsgesetz, dessen Schicksal noch ungewiß ist, sieht darin noch stärkere Bindungen vor als bisher.

Nun hat Bayern vorge schlagen, die Anteile der Länder an die Einkommensteuer des Reiches von 75 auf 80 Prozent zu erhöhen. Dagegen schließt sich mit den übrigen Freistaaten jetzt auch Preußen an. Die Reichsregierung aber hat bisher immer erklären lassen, daß an eine Änderung des Finanzausgleichs wegen der Erhöhung der Beamtengehälter nicht zu denken sei. Nachdem nun die Mehrheit der Länder heute nachmittag im Reichsrat den Antrag anzunehmen entschlossen ist, werden sich daraus weittragende Konsequenzen für das Schicksal der Besoldungsreform und die Durchführung der übrigen Steuerpläne ergeben. Der Konflikt hat sich also unmittelbar vor dem Zusammentreten des Reichstages zugespitzt. Zu seiner Lederbedrückung werden langwierige

Verhandlungen erforderlich sein. Das Reichskabinett wird sich heute nachmittag mit den durch die Besoldungsreform und die Ansprüche der Länder entstandenen neuen Problemen befassen.

Diese Zuspitzung in einem Augenblick, in dem man über eine Neugestaltung des staatsrechtlichen Verhältnisses zwischen Reich und Ländern diskutiert, ist ein neues Zeugnis der Unfähigkeit des Reichsblochs, den großen finanzpolitischen Fragen gerecht zu werden. Der größte Widerstand gegen die Pläne des Reichsfinanzministeriums kommt aus Süddeutschland, insbesondere aus Bayern, also gerade den Ländern, deren Eigenexistenz der Reichsfinanzminister immer als besonders wertvoll ansieht, und die auch sonst aus Gründen der Regierungskoalition sich einer großen Wertschätzung der Kabinettsmitglieder erfreuen. Jetzt sind es diese Staaten, die in die Finanzpläne der Regierung ein Loch gerissen haben. Preußen muß sich dem Antrag anschließen, weil es selbst genau so wie die anderen Länder nicht über die notwendigen Mittel und steuerlichen Freiheiten verfügt, um die Mehrausgaben zu decken. Diesen Gang der Dinge hätte die Reichsregierung, wenn sie gewollt hätte, voraussehen können. Sie hat es aber darauf ankommen lassen und befindet sich nun gegenüber den Ländern in einer Sackgasse, aus der einen Ausweg zu finden ihr sehr schwer fallen wird.

Für eine europäische Wirtschaftsentente.

Eine französische Stimme zum franko-amerikanischen Zollkrieg.

Paris, 13. Oktober.

In einer Betrachtung des französisch-amerikanischen Zolltarifstreits und der französisch-belgischen Wirtschaftsverhandlungen schreibt die linksgerichtete Tageszeitung „Volonté“:

Die belgischen Unterhändler, die sowieso schon wegen der in Frankreich gegenüber Belgien verfolgten Politik wenig zugänglich sind, sehen sich zu Beginn der Verhandlungen einer französischen These gegenüber, die mit den Interessen Belgiens unvereinbar ist. Die ersten Sitzungen sind daher äußerst heikel gewesen. Gegenwärtig zeigen die französischen Unterhändler mehr Entgegenkommen, sie scheinen in der Frage der Einfuhr chemischer Produkte zu einer für Belgien befriedigenden Regelung bereit zu sein. Die Atmosphäre hat sich also geklärt, und es ist zu wünschen, daß sie noch günstiger wird. Denn es wäre der größte Fehler, den Frankreich begehen könnte, wenn es den Erfolg der verschiedenen Handelsvertragsverhandlungen, die es gegenwärtig führt, gefährden würde. So entgegenkommend im Ton auch die letzte amerikanische Note ist, sie bleibt nichtsdestoweniger auf mit den französischen Interessen nicht zu vereinbarenden Forderungen bestehen. Die beste Waffe aber, über die Frankreich gegenüber dem mächtigen Amerika verfügt, ist eine enge Wirtschaftsenteente mit seinen kontinentalen Nachbarn. Ein derartiges Abkommen besteht bereits zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn es auch mit Belgien zu einem entsprechenden Abschluß käme, würde man darin den Grundstock einer Art europäischer Wirtschaftsentente haben, mit der die Vereinigten Staaten rechnen müßten.

Neuer Schandprozess in Rom.

Gegen neunzig Arbeiter und Intellektuelle.

Mitte Oktober soll vor dem Sondergericht in Rom, einer Faschistenabteilung im Richtertalar, als Faschisten auf unbedingten Gehorsam gegen Mussolini vereidigt, der Prozess gegen 90 Personen

beginnen, denen alle möglichen Verbrechen gegen den Staat, mit lagen gegen die Faschistenherrschaft, zur Last gelegt sind, so daß ihnen die Todesstrafe in Aussicht steht. In Wahrheit ist es ihr Verbrechen, daß sie Gegner des Faschismus sind und diese Gegnerschaft zu äußern so mutig waren; aber man schreibt ihnen einfach das Attentat von Bologna aufs Konto. Unter den Angeklagten sind namhafte Gelehrte, darunter der schwerranke Professor Gramsci und viele andere. Sie alle werden als gemeine Verbrecher behandelt, obwohl Mussolini aus seiner sozialistischen Zeit her die Schwäche Gesundheit mancher der Verhafteten kennt und die Wirkung dieser Behandlung beurteilen kann. Angeklagt sind auch eine ganze Anzahl kommunistischer Abgeordneter. Heute freilich sind sie es nicht mehr, da die Faschistenmehrheit am 8. November 1926 nicht weniger als 162 oppositionelle Abgeordnete aus dem Parlament ausgestoßen hat. Zu der Zeit, wo diese Kommunisten die ihnen angehängten Verbrechen begangen haben, waren sie — selbst nach faschistischem „Recht“ — noch Abgeordnete; sie sind nicht zur Strafverfolgung ausgeliefert worden, das Gesetz, auf Grund dessen man sie jetzt anklagt, bestand damals auch noch gar nicht — kurz, dieser Massenprozess in Rom ist die größte und schamloseste Rechtsverhöhung!

Rakowski geht.

Rußland beruft ihn ab.

Paris, 13. Oktober. (Eigenbericht.)

Die „Volonté“ meldet aus Moskau, daß der Rat der Volkskommissare ein Memorandum als Antwort auf die französische Rakowski-Note ausgearbeitet habe. Darin willige Rußland in die Abberufung Rakowskis ein. Als Nachfolger Rakowskis werde Bessedowsky, gegenwärtig Geschäftsträger in Tokio, vorgeschlagen.

Die Übernahme der Präsidentschaftsbilder im Reichstag. Am Dienstag, den 18. d. M., findet die Übernahme der Standbilder des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und des Reichspräsidenten von Hindenburg in der Großen Wandelhalle des Reichstages statt.

